

Die Ameise

„Immer strebe zum Ganzen!
Und kannst Du selber kein Ganzes werden,
Als dienendes Glied schließ' an ein Ganzes Dich an.“

Organ des Gewerksvereins der Porzellan-, Glas- u. verwandten Arbeiter.

Erscheint jeden Freitag.
Vierteljährlicher Abonnementspreis 1 Mark für 1 Exemplar, jedes weitere bis zu 5 Exempl. direkt unter einer Adresse bezogen 75 Pf. — 45 Kr. Oesterr. Währung.

Expedition: C. Kossstraße 26 bei J. Ben. Alle Postanstalten und Zeitungs-Expeditionen nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben unter Mitwirkung der Vereins-Vorstände und Mitglieder

vom

General-Rath.

Nr. 42.

Berlin, den 19. Oktober 1877.

Insertionsgebühr für die gewöhnliche Zeile 20 Pf. — 12 Kr. Oesterr. Währ. — Arbeitsmarkt 15 Pf. — 9 Kr. Oesterr. Währ. Für Zusendung v. Offerten unter Chiffre durch die Redaktion resp. Expedition werden 25 Pf. — 15 Kr. Oesterr. Währ. als Vergütung erhoben.

Redakteur: Hugo Volke, C. Kossstraße 25.

Vierter Jahrgang.

Amtlicher Theil des Generalraths.

Protokollauszug der 19. ord. Sitzung vom 7. Oktober 1877.

Tagesordnung: 1) Berathung wegen Beschickung des Arbeiterkongresses in Gera, 2) Besprechung der Anträge zum Verbandstag, 3) Eingegangene Zuschriften, 4) Monatsbericht pro September. Die Sitzung wird um 9^{1/2} Uhr eröffnet. Entschuldigt fehlt Hr. Werner, unentschuldig Hr. Kleinert. Der Vorsitzende erscheint etwas später, ebenso das an Stelle des Hrn. A. Koch, der infolge Abreise nach Rußland aus dem Generalrath ausgeschieden ist, neu eingetretene Mitglied Hr. Schneyr, der durch den stellvertretenden Vorsitzenden begrüßt wird. Alsdann wird in die Tagesordnung eingetreten. Da der Anwalt Hr. Max Hirsch, der wegen des ersten Punktes der Tagesordnung zu der Sitzung eingeladen war, noch nicht anwesend ist, so wird der 1. Punkt zurückgestellt und beschlossen, zunächst die eingegangenen Zuschriften zu erledigen.

Bezüglich der Aufforderung des Hauptkassirers an den Ausschuss des D.-V. Florheim, Gelder und Bücher einzulenden, liegt eine Zuschrift des Hrn. Wenzel von dort vor, in welcher er die Aufforderung bis zum 2. Oktober zu beantworten verheißt; eine Antwort ist jedoch noch nicht eingetroffen. — Von Fürstenberg liegt ein Schreiben vor, in welchem die Genehmigung des Generalraths zur Anschaffung eines Schranke für die Bibliothek, die sich durch die Vermehrung der Bücher notwendig macht, nachgesucht wird. Seitens des Generalraths findet sich gegen die Anschaffung nichts einzuwenden und wird die Beschlussfassung darüber laut § 23 der Ortsversammlung überwiesen. — Hr. Hellmigl theilt mit, daß er in Rücksicht auf seine geschäftliche Stellung, die er durch so lange Abwesenheit gefährdet glaubt, seine Zusage betreffs der Uebernahme der Vertretung auf dem Verbandstage zu Gera zurückziehe. Der Hauptkassirer hat sich infolgedessen an den Stellvertreter des Hrn. Hellmigl, Hrn. J. Scholz gewendet, der sich bereit erklärt, die Vertretung zu übernehmen. — Mehrere in Neuwedel noch ansässige Mitglieder, von wo bereits Bücher und Bestände hierher eingeschickt sind, fragen beim Hauptkassirer an, ob sie sich, nachdem ihnen noch 2 neue Mitglieder beigetreten sind, so daß sich ihre Zahl auf 6 beläuft, an den D.-V. Moabit anschließen, oder einen neuen Ortsverein bilden sollen. Der Hauptkassirer hat das Letztere gerathen und soll die Neugründung hier angezeigt werden. — Hrn. Göhe in Königszell ist Gelegenheit geboten, in Arbeit zu treten. Er ist dazu auch bereit, fragt jedoch, da die betr. Arbeit nicht in seine Branche schlägt, ob ihm, im Fall er nach einer bestimmten Zeit einsehe, daß er nicht mit der Arbeit zurecht kommt, alsdann die Unterstützung wieder gewährt würde. Der Generalrath bejaht dies und wird die betr. Frist auf 4 Wochen festgesetzt. — In der Angelegenheit des Vorsitzenden des D.-V. Königszell, Hrn. Hübner, dessen Unterstützung aus Gewerksvereinsmitteln in der vorigen Sitzung wegen ungenügender Motivierung des betr. Antrages seitens des Generalraths abgelehnt werden mußte, liegt ein Antrag des Ortsvereins Königszell vor, die Unterstützung des Hrn. H. beschließen zu wollen. Wie aus dem bez. Schreiben hervorgeht, hatte sich Hr. H. bei Gelegenheit der Vorlage des reducirten Vohntarifs in durchaus mäßiger Weise ausgesprochen und im Sinne seiner Mitkollegen darzutun versucht, daß die Annahme des Tarifs für die Dreher unmöglich sei. Trotzdem wurden ihm infolgedessen seitens des Geschäftsführers der Fabrik beleidigende Reuerungen gesagt und ihm bedroht, man werde sich die Personen merken, die der Prinzipalität entgegen arbeiten. Es trafe also hier die Bestimmung des § 41 zu, was dadurch nicht geändert werde, daß auf vielseitigem Protest der Dreher die betr. Neuerung zurückgenommen wurde. Der Generalrath erklärt nach

längerer Debatte die vorgebrachten Gründe als berechtigt an und beschließt, die Unterstützungsberechtigung auszusprechen. — Hr. Dollmann, der bei seiner Anwesenheit in Dresden für unsere Organisation in agitatorischem Sinne gewirkt hat und infolgedessen seinen Aufenthalt daselbst um einen Tag verlängern mußte, beantragt dafür eine Entschädigung von 6 Mark, die vom Generalrath schon in Rücksicht darauf, daß das Wirken des Hrn. D. nicht ohne Erfolg geblieben ist, bewilligt wird. Von Mittheilungen über die Verhältnisse in Dresden etc., die Hr. D. dabei macht, nimmt der Generalrath Kenntniß.

— Das bibliographische Institut in Oldenburg macht das Anerbieten, daß in der „Ameise“ in bestimmten Zwischenräumen eine Anzeige, betr. das Meyer'sche Handlexikon, gratis aufgenommen werden solle, wogegen es sich verpflichtet, ein Ex. desselben nach Erscheinen der zweiten Auflage (ungefähr im August 1878) für den Preis von 6 Mk. anstatt des Ladenpreises von 15 Mk. zu liefern. Der Generalrath beschließt, auf das Anerbieten einzugehen. — Nachdem noch die infolge eines Rundschreibens in Sachen Königszell entstandenen Postkosten bewilligt sind, ist dieser Punkt der T.-O. erledigt.

Der Anwalt Herr Dr. Max Hirsch ist inzwischen erschienen und vom Vorsitzenden begrüßt worden.

Es folgt nun der erste Punkt der Tagesordnung, Berathung wegen Beschickung des Arbeiterkongresses in Gera. Der Anwalt legt in längerem Vortrage die Ziele und Zwecke des Kongresses dar und empfiehlt schließlich in Rücksicht darauf, daß für die Gewerksvereinsorganisation soviel als möglich zu ihrer Hebung und Ausbreitung gethan werden müsse, wozu gerade die Theiligung am Kongress die beste Handhabe biete, die Beschickung desselben auch seitens unseres Gewerksvereins. Nach längerer und lebhafter Debatte beschließt der Generalrath in diesem Sinne, indem er nach Erledigung der Kompetenzfrage sich fast einstimmig für die Beschickung ausspricht.

Nachdem sich der Anwalt verabschiedet, tritt der Generalrath in die Berathung der Anträge zum Verbandstage ein. Das Resultat der Berathung soll unserem Vertreter in empfehlender Form mitgetheilt werden. Nach der Berathung wird beschlossen, die Sitzung bis über 8 Tage zu vertagen, und schließt der Vorsitzende dieselbe um 1^{1/4} Uhr.

Gust. Lenz,
Vorsitzender.

Georg Lenz,
Hauptkassirer.
N.W. Stromstraße 48.

Der 5. ord. Verbandstag der Deutschen Gewerksvereine und der 1. Deutsche Arbeiterkongress.

In den Tagen vom 21. bis 26. Oktober finden in Gera zwei hochwichtige Versammlungen statt: der 5. ord. Verbandstag der Deutschen Gewerksvereine und der 1. Deutsche Arbeiterkongress. Obwohl beide Vereinigungen in keinem äußerlichen Zusammenhange mit einander stehen, so läßt sich doch in Gänze auf Zwecke und Ziele derselben ein gewisser innerer Zusammenhang nicht verkennen.

Die Abgeordneten sämtlicher Deutschen Gewerks- und Ortsvereine versammeln sich in Gera zum Aufbau der vor 9 Jahren geschaffenen Organisation. Es gilt nicht bloß, alte Einrichtungen auszubessern und neue zu schaffen, insofern sich die Notwendig-

keit hiervon ergeben, es gilt auch Stellung zu nehmen zu den von der Reichsregierung in Bezug auf die Gewerbe-Reform verheißenen Vorlagen, die Reichsregierung wie den Reichstag zu neuer gesetzgeberischer Thätigkeit auf socialem Gebiet (Ausdehnung und Verschärfung des Gastpflichtgesetzes) zu veranlassen und endlich den Gewerksvereinen durch ein Gesetz korporative Rechte zu verschaffen.

Der Verbandstag wird sich bei Berathung der mehr internen Angelegenheiten aber auch über seine zukünftige Haltung seinen Gegnern gegenüber zu beschäftigen haben, er wird die Mittel in Erwägung ziehen müssen, vermittelst welcher der Ausbreitung der Socialdemokratie ein Damm entgegengesetzt werden kann. Und in dieser Beziehung treffen die Bestrebungen der Gewerksvereine mit denen des Arbeiterkongresses zusammen. Dieser wie jene haben sich mit zum Ziel gesteckt, durch Förderung der berechtigten Interessen der Arbeiter der Socialdemokratie den Boden zu entziehen.

Die Neuheit der Idee des Arbeiterkongresses bringt es mit sich, daß noch manche Unklarheit über seine Tendenzen herrscht, mit dem Kongreß wird aber ohne Zweifel einem täglich sich fühlbarer machenden Bedürfnisse abgeholfen, indem alle liberalen Elemente, unbeschadet der politischen Parteischattirungen, dauernd und fester zusammengefaßt werden sollen, um in geordneter, systematischer und unermüdlicher Arbeit, durch schriftliche und mündliche Belehrung über ganz Deutschland hin, gegen die zersetzenden, das öffentliche und private Leben tief schädigen Irrlehren und Hezereien der Socialdemokratie energisch Front zu machen. — Es wird dadurch möglich werden, den gesunden Kern der deutschen Arbeiterwelt zu festigen, die Schwankenden zurückzugewinnen und den Socialdemokraten den Zuwachs abzuschneiden.

Dabei allein darf es aber nicht bewenden, denn dies hieße auf halbem Wege stehen bleiben. Der Belehrung, der Erforschung socialer, uns alle schädigenden Uebelstände muß die helfende That folgen. Dies soll durch Anregung und Gründung von Einrichtungen geschehen, die vornehmlich die Erhöhung der beruflichen Tüchtigkeit, die Besserung der ökonomischen Lage des Arbeiters und die Hebung seiner socialen (gesellschaftlichen) Stellung bezwecken, kurz die gesammte Lebenslage des deutschen Gesamt-Arbeiterstandes im Auge behalten.

Was bisher auch dafür gethan worden ist, reicht heutzutage einmal nicht mehr aus. Es gilt, das schon Erprobte in alle Winkel unseres Vaterlandes zu verpflanzen und auf dem Boden der Erfahrungen und des praktischen Lebens Neues zu schaffen und hierzu Alle an die Arbeit zu rufen. Mit bienenartigem Fleiße müssen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam Hand anlegen. Nur so wird es möglich werden, den die Industrie, Handel und Gewerbe schwer drückenden Klassenkampf zu beseitigen, die Arbeit der Nation wieder zu beleben und das Vaterland auch mittelbar politisch zu stärken.

Wir dürfen uns nicht verhehlen, daß mit den Errungenschaften der deutschen Politik nach außen und innen die eigentliche nationalökonomische und sociale Arbeit erst recht beginnt, und daß die Bildung, obwohl zu allem die Grundlage, dann erst wahrhaft gegenständig wirken kann, wenn für den Einzelnen wie für die Gesamtheit die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse besser geworden sind.

Diese großen Ziele hat sich der deutsche (anti-socialdemokratische) Arbeiter-Kongreß zu Gera gesteckt, und auf ihm sollen die Grundzüge und die fernere Thätigkeit berathen werden, wie jene Aufgaben zu lösen sind.

Scheitern diese Bemühungen für ein würdiges, gewissermaßen ganz Deutschland repräsentirendes Zustandekommen des Kongresses an der Santheit und Lässigkeit, an der unbegründeten Scheu eines kleinen Kostenaufwandes, dann werden unsere Gegner der extremen kulturfeindlichen Richtung übermüthiger denn je ihre Häupter erheben, und es wird der deutsche Arbeiterstand ein wohlmotivirtes Recht haben zu glauben, daß ihn die liberalen Parteien verlassen und er nur noch Hoffnung und Hilfe bei ihren Gegnern finden könne.

England hat gewaltige Anstrengungen niemals gescheut, wenn es galt zum Wohle der Arbeiterwelt etwas zu thun; Hunderttausende Pfund Sterling floßen von allen Seiten zusammen, als Richard Cobden seine Stimme in den dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts erhob, um die ökonomische Lage der niedrigen Stände zu verbessern; tausende von Versammlungen wurden abgehalten und Millionen von Flugblättern und Broschüren verbreitet. Der Erfolg ist nicht unglücklich.

In England giebt es keine Socialdemokratie! — Hoffen wir das Beste von beiden Versammlungen. Ueber die Berathungen werden wir unseren Lesern eingehend Bericht erstatten.
H. P.

Der Zusammenbruch der Pommer'schen Ritterschaftlichen Privatbank in Stettin von Paul Polke.

Wenngleich wir recht wohl wissen, daß Mittheilungen über den Zusammenbruch einer Bank nicht in der Tendenz dieses Blattes liegen, so scheint uns doch für heut eine Ausnahme geboten, da es sich hier um allgemeine Calamitäten handelt, von denen auch die Arbeiterwelt Notiz zu nehmen hat.

Am 9. Oktober hörten wir bereits von einem Börsenfreunde, daß es mit der „Ritterschaftlichen“ — die wir der Kürze wegen nun immer so nennen wollen — nicht recht gut stehe, daß vielleicht schon morgen ein bedeutender Rückgang des Cours zu erwarten sei. In der Mittagsstunde des folgenden Tages wurde uns durch Silberboten folgende Depesche zugestellt:

„Die Pommer'sche Ritterschaftliche Privatbank hat heute ihre Zahlungen bis auf Weiteres sistirt.“

Das Telegramm in der Hand, schien uns doch die Sache nicht glaublich und erst durch die Bestätigung eines Freundes — der mich nach Börsenschluß aufsuchte — schenkte ich der Nachricht Glauben. Was noch nicht dagewesen, war geschehen. Wir können nicht umhin die unerhörte Thatsache gleich hier anzuführen, daß ein Papier, welches noch zwei Tage vor dem 10. October mit 122% notirt wurde, — höher als diese Notizen laut Courszettel vom 10. October überhaupt nur unter den vielen Bankpapieren: Deutsche Reichsbank 158%, Berliner Kassenverein 157, Norddeutsche Bank 135,50 und Oldenburgische Spar- und Leih-Bank 130% — an diesem Tage schon gar keine Käufer und selbst bei einem Angebot von 5% nicht einmal Nehmer fand. Es ist dies ein in der Geschichte unserer Börse noch nicht vorgekommener Fall. Leider ist hieraus einfach der Schluß zu ziehen, daß bei der Abwicklung für die Actionaire nichts übrig bleiben wird.

Sehen wir uns nun einmal kurz den Ursprung dieser Bank an. Die „Ritterschaftliche“, eine der Preussischen Provinzialbanken, welche bei Inkrafttreten des Reichsbankgesetzes gleich vielen andern deutschen Banken auf ihr Notenprivilegium verzichtete, zählte zu den ältesten Bankunternehmungen Preußens. Sie wurde am 15. August 1824 concessionirt, hatte ein Actienkapital von 1 Million Thaler und das Recht zur Ausgabe von 1 Million Thaler in Banknoten, halb in 5- und halb in 1-Thaler-Stücken. Welch hoher Gnade erfreute sich aber auch nicht dieses f. B. von Gutsbesitzern gegründete Institut, das dazu angethan sein sollte, Handel und Verkehr zu heben? So wurden der Bank mancherlei Privilegien, Portofreiheit, Spottelfreiheit, Steuerfreiheit gewährt, ihr erster Director war vom König zu bestätigen und fungirte dann gleichzeitig als Kgl. Commissarius. Das alte Statut erfreute sich noch Aenderungen in den Jahren 1833 und 1849.

Die „Ostsee Zeitung“ läßt nun durchblicken, daß es der Stettiner Kaufmannschaft längst bekannt war, daß die „Ritterschaftliche“ nicht mehr gesund dastand; aber sehen wir uns nur die Bilanz pro 1876 an und danach muß man unwillkürlich den besten Glauben und die größte Anhänglichkeit für die Bank gewinnen. Die Bilanz, die immerhin Alles klar darlegte, muß auf Jedermann einen soliden Eindruck machen. Sie constatirt nicht nur einen Netto-Gewinn von 513,496 Mk., sondern auch einen completen Reservefond von 1,709,100 Mk., der jedenfalls glänzend zu nennen ist. Demgemäß darf es Niemanden Wunder nehmen, wenn man sie nach jeder Richtung hin als eine solide Bank nennen hörte und ihr mit der größten Ruhe das sauer verdiente Geld anvertraute. Ja, man hielt die „Ritterschaftliche“, was ja auch der Courszettel sagte, für eine der allerfeinsten Banken. Nach dem September-Ausweis wies sie auf an verzinslichen Depositen-Capitalien 8,953,910 Mk., die sich auf wenigstens 3000 Personen vertheilen, und an Guthaben verschiedener Institute und Privatpersonen 8,069,803 Mk. Hören wir nun aber einmal, wer das meiste Geld dieser Bank anvertraute, resp. wer an dem Falliment theilhaftig ist: Berlin-Stettiner Bahn mit 2 1/2 Millionen Mark, Pommer'scher Provinzial-Fonds mit 2 Millionen Mark, die Pommer'sche Provinzial-Zucker-Siederei mit 960,000 Mark, die Schwedter Feuerversicherungs-Gesellschaft mit

700,000 Mark, die Maschinenbau-Anstalt „Vulkan“ mit 200,000 Mark, die Dampfschiff-Gesellschaft „Baltischer Lloyd“ mit 282,000 Mark und endlich unter vielen andern noch die Stadt Stettin für **mildthätige** Stiftungen u. s. w. mit 100,000 Mark.

Es drängt sich einem Jeden gewiß von selbst die Frage auf, wie ist es möglich, daß ein so fauler Zustand so lange Zeit verborgen bleiben kann. Hier soll uns eine Aufklärung als Entschuldigungen dienen, die da sagt: „Das Kuratorium (Aufsichtsrath) ist in einer Weise geläuscht worden, wie es in den Annalen des Aktienwesens kaum wiederzufinden sein wird. Die Buchführung war auf diese Täuschung eingerichtet, das Personal war zum bloßen Handlanger degradir, verstand und begriff daher nichts. Die Directoren arbeiteten wie Commis, um ihre Geheimnisse bewahren zu können. Dadurch wurden sie unfähig über die größeren Ziele der Bank nachzudenken. Auf ihnen lastete mindestens ein Jahrzehnt der Alp des Versteckenspiels und sie waren offenbar nicht Herr ihrer Handlungen. Denn diejenigen Leute, mit denen sie in Widerspruch mit dem Kuratorium und unter Ableugnung der Wahrheit gegen dasselbe engagirt waren, brauchten nur mit ihrem Falle zu drohen, wenn nicht weiter geholfen wurde. Und es wurde geholfen, weil man sich nicht enthalten konnte.“ Als dann wird noch die traurige Geschichte von den „Kneipen“ und „zweifelhaften Salonwechsellern“ genannt, von denen man bisher keine Ahnung hatte. Erst als der neugewählte Director Siegel während einer Badereise des Director Pabst das Wechselportefeuille einer genauen Revision unterzog, da wurde erkannt, wie bisher gewirthschaftet wurde, daß unter den Wechsellern sich bloß 5 Millionen Kellerverwechsellern befinden sollen, kurz daß überhaupt von einem Wechselbestand von ca. 18 Millionen Mark über $\frac{2}{3}$ zweifelhaft oder gar gänzlich werthlos sind. Mittlerweile ist plötzlich Director Pabst, wie zu Ostern auch der Director Hindersien, gestorben und der Konkurs der Ritterschäftlichen eingetreten, welche heut franko Zinsen Mark 1,90 notirte, aber selbst hierzu nicht Käufer fand.

Wir können unseren Artikel jedenfalls nicht besser schließen, als indem wir nun das Resumé der „Berliner Bürger Zeitung“ folgen lassen:

„Wir fragen: wie war eine so entsetzliche Miswirthschaft möglich? Die beiden Directoren, die jene „Geschäfte“ gemacht, d. h. die ihre Aktionäre und Gläubiger um Millionen gebracht haben, sind nicht mehr am Leben. Sie trifft selbstverständlich die nächste und größte Schuld. Aber wo war der andere Theil der Verwaltung, die gewählte Vertretung der Aktionäre, gegenüber der Willkür besoldeter Directoren, wo war der Aufsichtsrath? Wie konnten so ungeheure Kredite gewährt, die gewährten fort und fort prolongirt werden, ohne Wissen und Prüfung des Aufsichtsraths, und wenn derselbe prüfte, wie es seine unbedingte Pflicht war, wie konnte er sich in solchem Grade täuschen? Einzelne Irrthümer über die Bonität von Geschäftsfreunden können und werden stets vorkommen. Niemand wird eine Verwaltung deswegen verdammten. Aber wo es sich um viele Millionen handelt, die anscheinend Jahre hindurch kreditirt sind und denen ihrem ganzen Charakter nach der Stempel der Unsolidität aufgedrückt ist, wo endlich die schwere Verantwortlichkeit gegenüber einer Depositenverbindlichkeit von 19 Millionen Mark hinzutritt, da darf keine schwachmüthige Entschuldigung das Urtheil trüben.

Selbstverständlich maßen nicht wir uns das Richteramt an, wir fordern nur unverzügliche, genaue, strenge Untersuchung der irgend Vertheiligten und Verantwortlichen. Das hat die öffentliche Moral und Wohlfahrt von ihrer Schutzherrin, der Staatsgewalt zu erwarten. Aber wenn wir unser Urtheil über die Personen zurückhalten, um so berechtigter trifft dasselbe die Institution.

Wenn schon bisher die öffentliche Meinung, geführt von dem größten Theile der Sachverständigen, das Aktiengesetz als ein mangelhaftes und durchaus verbesserungsbedürftiges anerkannt hat, so muß der furchtbare Sturz der Ritterschäftlichen Privatbank wahrlich die letzten Zweifel hinwegjagen. Ein Gesetz, unter dessen Schutz und Privilegium Verderben für Wirthschaft und Sittlichkeit großgezogen wird, und zwar nicht etwa nur in Ausnahmefällen, sondern, worauf selbst Bank- und Börsenorgane hinweisen, geradezu massenhaft — ein solches Gesetz darf unverändert nicht ein Jahr länger bestehen.

Wir brauchen wohl kaum zu bemerken, daß wir darum keineswegs eine radikale Abänderung, eine Rückkehr zu der Konzeptionswillkür anrathen. Nein, gerade der Stettiner Fall hat deutlich auch den Weg der Reform angezeigt. Er hat gezeigt, daß die bloß summarische Veröffentlichung des Statuts, was man bisher mit „Deffentlichkeit im Bankwesen“ bezeichnete, die Ver-

waltung durchaus nicht hindert, mit Millionen gänzlich werthloser Forderungen die Aktiva zu schwellen und selbst den gewiegesten Interessenten Sand in die Augen zu streuen. Es muß also gerade für die Banken eine weit spezialisirtere Veröffentlichung vorgeschrieben werden. Der Stettiner Krach hat ferner gezeigt, daß der sogenannte Aufsichtsrath zu derjenigen Aufsicht, auf welche es am meisten ankommt, nicht geeignet ist, vor allem weil er zu sehr an der Verwaltung selbst theilhaftig ist. In Uebereinstimmung mit den bewährten Einrichtungen unserer Nachbarländer und mit den Gutachten der ersten Fachjuristen verlangen wir daher die obligatorische Einsetzung vollkommen unabhängiger und verantwortlicher Revisoren oder Inspektoren, die allein für eine wirksame Kontrolle bürgen.

Wie vor etwa 6 Jahren die großen Grubenunglücke in Sachsen das trotz aller Mängel so heilsame Haftpflichtgesetz veranlaßt haben, so wird und muß der Zusammenbruch der Ritterschäftlichen Bank für das unsägliche Unheil, das er verursacht, wenigstens ein besseres Aktiengesetz herbeiführen, um die Wiederkehr solcher, ganz Deutschland tief beschämender Katastrophen unmöglich zu machen. Möchte dieser schwere Wetterschlag aber auch mit dem Gesetze das sittliche Bewußtsein reinigen, zumal in den Kreisen, welche die Führung der bürgerlichen Gesellschaft beanspruchen.“

Voller Arbeitsertrag

ist eines der bekanntesten Stichworte der Socialdemokraten. Man sollte kaum glauben, wie ein vernünftiger und rechtschaffener Mensch etwas dagegen einwenden könne, daß dem Arbeiter der volle Ertrag seiner Arbeit zu Theil werde. Treten wir einmal der Sache ein wenig näher und fragen wir: Was ist „voller Arbeitsertrag“? Im allerengsten Sinne doch nichts anderes, als „derjenige Theil der Gütermenge, der Genußmittel, der durch die Theilnahme eines bestimmten Einzelnen an der Production hervorgebracht worden ist.“ Somit sind wir völlig einverstanden; aber nun kommt die Schwierigkeit. Denn:

1. wie soll dieser Antheil ermittelt werden?
2. in welcher Form und auf welche Weise soll er dem Betreffenden übermittelt (d. h. ausgezahlt) werden?

Da stehen aber die Ochsen vor dem Berge. Von gewissen Leistungen ist der „volle Arbeitsertrag“ noch gar nicht einmal vorhanden. So z. B. kann der Antheil an der Production, der dem Erfinder der Dampfmaschine, der Locomotive oder des Telegraphen gut geschrieben werden muß, noch gar nicht ermittelt werden, denn er ist noch nicht völlig vorhanden. Wenn es überhaupt möglich wäre, ihn zu ermitteln, so könnte er erst beim Untergang der Erde ermittelt werden. Aber dann hat Niemand mehr ein Interesse dabei, die Erfinder sind dann schon längst todt, ohne ihren „vollen Arbeitsertrag“ bekommen zu haben. Ihre Erben haben nichts bekommen, denn das Erbrecht ist im socialdemokratischen Staate aufgehoben. Die Erfinder haben sich also — das wird selbst der eingeseleischteste Socialdemokrat nicht abstreiten können — dem ganz ungeheuren Ertrage ihrer Arbeit gegenüber, mit einer ganz kläglichen, erbärmlichen Abfindungssumme begnügen müssen.

Nun frage man einmal weiter, wie der „volle Arbeitsertrag“ etwa eines Arbeiters ermittelt werden soll. Oder wird etwa im socialdemokratischen Staate sich Jeder selber rasiren, frisiren und die Haare schneiden müssen? — Man denke ferner an einen socialdemokratischen Agitator. Ein solcher wird sich ohne Zweifel für ein nützliches Glied der menschlichen Gesellschaft halten. Aber worin besteht sein voller Arbeitsertrag? — Die Gewerkschaften sagen von einem „vollen Arbeitsertrage“ nicht; sie stehen auf praktischem Grunde und wollen für den Arbeiter erstreben einen **Arbeitslohn**, der da ausreicht zum kräftigen Unterhalt des Arbeiters und seiner Familie, mit Einschluß der Versicherung gegen jede Art von Arbeitsunfähigkeit, so wie der nöthigen Erholung und Bildung.

Hier entsteht nun ganz naturgemäß die Frage: nach welchen Grundsätzen soll seitens der Gewerkschaften die Höhe des Arbeitslohnes bestimmt werden? Die volle Antwort und das volle Verständniß über diesen Punkt findet sich erst, wenn wir über die „Einigungsämter“ sprechen werden. Für jetzt nur so viel: daß die Höhe des Lohnes, die tägliche Arbeitszeit, die Werkstätten- resp. Fabrikordnung, Lohnverminderung u. nach vernünftigen Gründen auf friedlichem Wege zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer (resp. des betr. Gewerkschaftsvereins) verabredet und unverbrüchlich

gehalten werden soll. Und wir können es hier schon aussprechen, daß die Mitglieder der deutschen Gewerksvereine sich schon längst den unbestrittenen Ruhm erworben haben, die Elite der deutschen Arbeiter zu sein. Arbeitgeber, welche die Gewerksvereine fördern helfen, können also immer sicher sein, einen Stamm auserlesener Arbeiter zu haben, denen es gewiß niemals einfallen wird, einen günstigen Augenblick zu benutzen, um nur durch Einstellung der Arbeit für kurze Zeit einen höheren Lohnsatz zu erringen, und die nicht gleichgültig sind gegen die Ehre der Firma, für die sie arbeiten, und die ferner von der Ueberzeugung ausgehen, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Weise an dem Fortgange des Geschäftes theilhaftig sind, daß der Unfriede beide Theile schädigt, die Harmonie dagegen beide Theile fördert.

Nehmen wir nun einmal an, die Socialdemokraten hätten einen klugen Kopf in ihren Reihen, der das Gespenst „voller Arbeitsertrag“ für den Einzelnen zur Erscheinung bringen könnte, so ist Einer von Zweien im Unrecht, entweder dieser kluge Kopf, oder das nun freilich dahingegangene Organ der Socialdemokratie, der „Volksstaat.“ Dieser sagt nämlich in Nr. 79 vom Jahre 1874: „Die Forderung (voller Arbeitsertrag) ist an sich eine außerordentlich unklare, da es schlechterdings außerhalb des Bereichs der menschlichen Einsicht liegt zu erkennen, welchen Ertrag eine bestimmte Arbeit erzeuge.“

Wenn nun die Socialdemokraten selber über die Berrücktheit einer solchen Forderung lachen, so dürfen wir es doch wohl auch.

Ueber die andere Frage, wegen der Uebermittlung des „vollen Arbeitsertrages“ an die Einzelnen werden wir uns später aussprechen.

E. G. Leithäuser, Oberlehrer.

Personal-Nachrichten.

Den Personalen zur Nachricht, daß sich die Herren Carl Schilde und Ernst Nau von der Dess'schen Steingut-Fabrik (Schönhäuser Allee) unserer Fremdenkasse angeschlossen haben; Fremdengeld dem entsprechend erhöht.

Das Dreherpersonal der Königl. Porz.-Manufaktur im Thiergarten bei Berlin.

Vereins-Nachrichten.

§ Schmiedefeld, den 8. Oktober 1877. Die am 4. Oktober Abends abgehaltene Ortsversammlung wurde vom Vorsitzenden um 9 Uhr Abends eröffnet. Die Präsenzliste ergab die Anwesenheit von 20 Mitgliedern. Das Protokoll der vorhergegangenen Sitzung wird vorgelesen und genehmigt. Punkt 1 der Tagesordnung betrifft den Bericht des Kassirers über den Kassenbestand vom 2. Quartal 1877. Einnahme der Ortstasse incl. Vortrag 127 Mk. 62 Pf. Ausgabe 59 Mk. 66 Pf. Bleibt Baarbestand fürs 3. Quartal 67 Mk. 96 Pf. Die Kasse wurde von den Revisoren revidirt und in bester Ordnung gefunden. Folgebessen ertheilt die Versammlung dem Kassirer Decharge. Ferner meldeten sich zwei neue Mitglieder aus Stülerbach zum hiesigen Ortsverein an.

Hierauf wurde die Ortsversammlung geschlossen und die Versammlung der Krankenkasse eröffnet. Der Kassirer erstattet Bericht pro 2. Quartal 77. Derselbe erzieht an Einnahme der Krankenkasse 260 Mk. 62 Pf., an Ausgabe 143 Mk. 6 Pf., bleibt Bestand 117 Mk. 56 Pf. fürs 3. Quartal 1877. Die Revisoren bestätigen die Richtigkeit und wird dem Kassirer Decharge ertheilt. Schluß der Sitzung um 11 Uhr.

Fr. Hartleb, Vorsitzender. A. Wagner, Schriftführer.

* Versammlung der Porzellan- und verwandten Arbeiter zu Moabit. Montag, den 22. d. M., Abends 8 Uhr im Wittig'schen Lokal, Thurmstraße. Tagesordnung: 1. Punkt: Vortrag des Herrn Dr. Grabowsky. 2. Punkt: Kassenbericht. 3. Punkt: Verschiedenes. Zu dieser Versammlung werden die Mitglieder des Ortsvereins der Fabrik- und Handarbeiter, sowie der Maschinenbauer, des Bezirksvereins und Handwerkervereins ergebens hiermit eingeladen.

M. Suhn, Schriftführer.

* Rechnungs-Abschluß der Generalrathskasse pro 3. Quartal 1877.

Einnahme.		Ausgabe.	
	M. pf.		M. pf.
Vortrag	128 97	Gehalt des Hauptschriftführers	20 —
Prozentsendungen	626 80	Porto	12 49
Kassenbestände aufgelöster Ortsvereine	27 30	Büreaubedarf	— 60
Zinsen für 1300 Mk. Berl. Pfdbrf. 4 1/2% pro 1. Semester 1877	29 25	Abornement für das Verbandsorgan	80 —
		Entschädigung für Generalraths-Sitzungen	10 25
		Entschädigung für Centralrathssitzungen	3 50
		Entschädigung für eine Kommissions-Sitzung	2 —
		Entschädigung an die General-Revisoren	3 —
		Entschädigung an den Gegenbuchführer	1 50
		Reisekosten und Diäten	28 —
		Für Agitation	50 —
		Unterstützungen	161 96
		Drucksachen (Kassenordnung und Verbandstags-Verhandlungen)	21 90
		Buchbinderarbeiten	2 —
		300 Mk. Berl. Pfdbrf. 4 1/2% inkl. Zins u. Provision. Cours 101,30	305 48
		Verschiedene Ausgaben	31 —
	812 32		770 68
Gesamt-Bermögen der Generalrathskasse.		Saldo	41 64
1600 Mk. Berl. Pfdbrf. 4 1/2% Cours 101	1616 —		812 32
Baar in Kasse	41 64		
	1657 64		

Zahl der Ortsvereine 31.

Mitgliederzahl 1003.

Kassenbestand der Ortsvereine

1462 36

Revidirt und für richtig befunden. Berlin, den 12. Oktober 1877

H. Rönghom. J. Fette. Soldan.

Berlin, den 1. Oktober 1877.

J. Bey, Hauptkassirer.

* Rechnungs-Abschluß der Organkasse pro 3. Quartal 1877.

Einnahme.		Ausgabe.	
	M. pf.		M. pf.
Vortrag	41 25	Gehalt des Redakteurs	75 —
Beiträge der Mitglieder à 30 Pf.	289 90	Druck des Organs	488 50
Beitrag der Ortsvereinskasse pro Exempl. 15 Pf.	157 95	Korrespondenzporto der Redaktion	5 53
Präsentationsersatz inkl. Porto	20 05	Korrespondenzporto der Expedition	1 34
Porto für Verfrachtung des „Gewerksvereins“	20 —	Expeditionsporto	86 50
Zinsen, Prämien und Bekanntmachungen der Krankenkasse	187 20	Autoren-Honorar	12 —
Zinsen	— 65	Postmaterial (Streifen und Papier)	5 75
Zinsen für 300 Mk. Berl. Pfdbrf. pro 1. Semester 1877	6 75		
	723 75		674 62
Gesamt-Bestand		Saldo	49 13
300 Mk. Berl. Pfdbrf. 4 1/2% 101	303 —		723 75
Baar in Kasse	49 13		
	352 13		

Revidirt und für richtig befunden. Berlin, den 12. Oktober 1877.

J. Fette. Soldan. H. Rönghom.

Berlin, den 1. Oktober 1877.

J. Bey, Hauptkassirer.